

Sri Lanka: Aktuelle politische Situation, Überwachung der Diaspora, Geldsammeln im Ausland für Kriegsopfer

Schnellrecherche der SFH-Länderanalyse

Bern, 10. April 2020

Diese Recherche basiert auf Auskünften von Expertinnen und Experten und auf eigenen Recherchen. Entsprechend den COI-Standards verwendet die SFH öffentlich zugängliche Quellen. Lassen sich im zeitlich begrenzten Rahmen der Recherche keine Informationen finden, werden Expertinnen und Experten beigezogen. Die SFH dokumentiert ihre Quellen transparent und nachvollziehbar. Aus Gründen des Quellenschutzes können Kontaktpersonen anonymisiert werden.

Impressum

Herausgeberin
Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH
Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 370 75 75
Fax 031 370 75 00
E-Mail: info@fluechtlingshilfe.ch
Internet: www.fluechtlingshilfe.ch
Spendenkonto: PC 30-1085-7

Sprachversionen
Deutsch, Französisch

COPYRIGHT

© 2020 Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH, Bern
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	4
2	Aktuelle politische Situation	4
2.1	Tendenz zu Autoritarismus, Militarisierung und zu einer Verschlechterung der Menschenrechtsslage	4
2.2	Rückschritte bei Aufarbeitung von Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen während des Konflikts	5
2.3	Wahrnehmung von Behördenvertretern, dass sich LTTE regruppiert	7
2.4	Situation im Norden und Osten	7
3	Überwachung der Diaspora	8
4	Gefährdung bei Rückkehr wegen im Ausland getätigter Geldsammelaktivitäten für Kriegsoffer	10
5	Quellen	12

1 Einleitung

Einer Anfrage an die SFH-Länderanalyse sind die folgenden Fragen entnommen:

1. Wie ist die aktuelle politische Situation in Sri Lanka, insbesondere im Norden?
2. Gibt es Informationen, wonach Exiltamil_innen von Landsleuten oder regierungsfreundlichen Singhales_innen im Ausland beobachtet und Informationen über sie an die heimatischen Behörden weitergegeben werden?
3. Sind sri-lankische Staatsangehörige tamilischer Ethnie, welche im Ausland für Kriegsopfer Geld sammeln, beziehungsweise solche in der Heimat vom Ausland aus finanziell unterstützen im Falle einer Rückkehr nach Sri Lanka gefährdet?

Die Informationen beruhen auf einer zeitlich begrenzten Recherche (Schnellrecherche) in öffentlich zugänglichen Dokumenten, die der SFH derzeit zur Verfügung stehen, sowie auf den Informationen von sachkundigen Kontaktpersonen.

2 Aktuelle politische Situation

2.1 Tendenz zu Autoritarismus, Militarisierung und zu einer Verschlechterung der Menschenrechtslage

Gotabaya Rajapaksa seit November 2019 Präsident, Rückkehr des Rajapaksa-Clans. Seit den Wahlen im November 2019 ist Gotabaya Rajapaksa neuer Präsident. Er hat seinen Bruder und früheren Präsidenten Mahinda Rajapaksa als Premierminister eingesetzt, der in dieser Funktion über beträchtlichen Einfluss verfügt (CPA, 2020).

Unter neuem Präsidenten Tendenzen zu Autoritarismus und Militarisierung. Der sri-lankische Think-Thank *Center for Policy Alternatives* (CPA) sieht in seinem Fazit vom März 2020 zu den ersten 100 Tagen unter der neuen Regierung beunruhigende Tendenzen zu Autoritarismus, Militarisierung und *Securitization*. Eine neue Gruppe von Mitarbeitern, die direkt dem Präsidenten gegenüber loyal sind, spielen laut CPA eine zunehmend einflussreiche Rolle in der politischen Ausrichtung der gegenwärtigen Regierung (CPA, 2020). Laut Einschätzung der *Kontaktperson A*, die in Sri Lanka als *katholischer Priester im Norden tätig ist*, entwickelte sich Sri Lanka seit der Präsidentschaftswahl zunehmend zu einer Militärregierung (Auskunft vom 20. März 2020 mittels eines Instant-Messengers von *Kontaktperson A*).

Rechtsstaatlichkeit wegen zunehmenden exekutiven Einfluss bedroht, Vorgehen gegen abweichende Meinungen. Die neue Regierung hat laut CPA (2020) eine aggressive Linie in Bezug auf Versöhnung und Schutz der Rechte eingeschlagen. So seien Vorfälle zu verzeichnen, in denen gegen abweichende Meinungen vorgegangen wird, in denen die Dichotomie «Patrioten gegen Verräter» wieder auftaucht und ein neuer Angriff auf unabhängige Institutionen eingeleitet wird. Weiter zeigt sich CPA besorgt, dass die neue Regierung Bestrebungen zeigt, die Verfassung zu ändern, wodurch Judikative und unabhängige Kommissionen und ihre Kontrollmöglichkeiten der Exekutive eingeschränkt würden. Seitdem die neue Regierung im Amt sei, sei eine Zunahme von rhetorischen Angriffen gegen unabhängige Institutionen

und Personen zu verzeichnen, die Finanzverbrechen oder Menschenrechtsverletzungen untersuchen. Beamte, Staatsanwaltschaft und Justiz seien laut CPA (2020) zunehmenden exekutiven Einfluss ausgesetzt.

Unter neuem Präsidenten Rajapaksa: Drohungen gegen Ermittler, der gegen Regierungsvertreter ermittelte. Im November 2019, kurz nach den Präsidentschaftswahlen, floh ein Ermittler, der in einem Fall gegen Marineoffiziere und andere Fälle von angeblichen schweren Rechtsverletzungen untersuchte, in welche Regierungsvertreter verwickelt waren, nach Drohungen aus dem Land. Andere kriminalpolizeiliche Ermittler wurden seither mit Reisebeschränkungen belegt (HRW, Februar 2020).

Entführung von Schweizer Botschaftsangestellten. Kurz nach der Wahl von Gotabaya Rajapaksa wurde eine Angestellte der Schweizer Botschaft in Colombo von Unbekannten mutmasslich entführt (CPA, 2020; SFH, 2019) und nach eigenen Angaben gezwungen, Informationen zur Ausreise des oben genannten Ermittlers und zu weiteren Asylsuchenden preiszugeben, die sich in der Schweiz befinden (SFH, 2019).

Zunahme von Überwachung der Zivilgesellschaft, Bedrohung von Journalisten und Razzien in Medienhäusern. Laut CPA (2020) wurde in den letzten Monaten die Überwachung der zivilgesellschaftlichen Akteure durch regelmässige Besuche in Büros von Organisationen und behördlichen Forderungen nach Informationen, in einigen Fällen auch nach persönlichen Daten von Aktivist_innen, verstärkt. Auch seien Medienschaffende verhört und bedroht worden sowie Medienhäuser durchsucht worden (CPA, 2020).

Kultur der Straflosigkeit für Sicherheitskräfte. Nach Angaben von *Kontaktperson A*, die in Sri Lanka als katholischer Priester im Norden tätig ist, sei unter der neuen Regierung eine Kultur der Straflosigkeit der Sicherheitskräfte etabliert worden, die von hohen Offizieren bis zu Sicherheitskräften mit niederem Rang reiche (Auskunft vom 20. März 2020 mittels eines Instant-Messengers von *Kontaktperson A*).

2.2 Rückschritte bei Aufarbeitung von Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen während des Konflikts

Rückschritte bei Vergangenheitsbewältigung. Rajapaksa führte im vergangenen Jahr seine Wahlkampagne mit dem Schlüsselthema durch, das alle Anklagen wegen Kriegsverbrechen und politischen Morden durch Militärpersonal als politisch motiviert abwies und versprach, die laufende Überprüfung durch den UNO-Menschenrechtsrat zu Massnahmen zur Vergangenheitsbewältigung zu beenden (*New York Times*, 2020; CPA, 2020). Laut CPA (2020) habe sich diese Haltung in den ersten Monaten der Regierungszeit von Gotabaya Rajapaksa klar widerspiegelt. So schenke die neue Regierung relevanten Fragen bezüglich der Rechte der Ethnien Sri Lankas sowie den im Konflikt begangenen Menschenrechtsverletzungen keine Beachtung. Als klare Zeichen dafür sieht CPA den offiziellen Rückzug aus der Mitträgerschaft der Resolution des UNO-Menschenrechtsrates, die Erklärung der Regierung, dass die Gesetzgebung zum *Office for Missing Persons* (OMP) überprüft wird, und die vor Kurzem getätigte Erklärung des Präsidenten, dass alle in Kriegszeiten verschwundenen Personen tot seien (CPA, 2020).

Namhafte Mitglieder der neuen Regierung werden des Kriegsverbrechens beschuldigt.

New York Times (2020) berichtet, dass mehrere Mitglieder der neuen Regierung des Kriegsverbrechens beschuldigt werden. Die USA haben am 14. Februar 2020 dem Armeechef von Sri Lanka, General Shavendra Silva, unter Berufung auf seine mutmassliche Beteiligung an Kriegsverbrechen in der Endphase des Bürgerkrieges des Landes, ein Einreiseverbot auferlegt. Das US-Aussenministerium habe laut *Human Rights Watch* (HRW, Februar 2020) «glaubwürdige Informationen über seine Beteiligung an schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen, insbesondere an aussergerichtlichen Tötungen unter seiner Befehlsverantwortung, erhalten». Kurz nach seiner Wahl ernannte Rajapaksa einen anderen General im Ruhestand, welcher der Kriegsverbrechen beschuldigt wurde, Generalmajor Kamal Gunaratne, zum Verteidigungsminister. Laut *New York Times* (2020) befahl General Silva in der Endphase des Krieges die 58. Division der sri-lankischen Armee, eine Einheit, die von der UNO beschuldigt wird, in grossem Umfang Menschenrechtsverletzungen begangen zu haben. Tausende von Tamil_innen, die sich der Division Silvas ergaben, verschwanden spurlos (*New York Times*, 2020). Laut HRW (Februar 2020) waren unter den Armeeeinheiten, die die UNO in die schlimmsten Gräueltaten am Ende des Krieges in Sri Lanka verwickelt sieht, diejenigen, die vom aktuellen Armeechef, General Shavendra Silva, und dem Verteidigungsminister, General Kamal Gunaratne, befehligt wurden. Nach Angaben des *International Truth and Justice Project* (ITJP, 2019) gibt es glaubhafte Beweise, um den neu ernannten Verteidigungsminister Sri Lankas, den pensionierten Generalmajor Kamal Gunaratne, wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit anzuklagen. ITJP stellte ein 100-seitiges Dossier über den Verteidigungsminister zusammen, das sich auf seine Rolle als Kommandeur der 53. Division im Krieg und als zuständiger Befehlshaber für Binnenvertriebene sowie als Kommandant von Camp Joseph, eines Armeelagers, das nach dem Krieg für Folterungen berüchtigt war, konzentriert. Als Kommandeur der 53. Division führte Gunaratne im Februar 2009 nach eigenen Angaben den Angriff von der Südfront auf Puthukkudiyiruppu an und erhielt direkt Befehle vom aktuellen neuen Präsidenten Gotabaya Rajapaksa. Die Streitkräfte von Gunaratne waren damals Teil der Angriffe auf Puthukkudiyiruppu, Putumattalan und Mullivaikkal, die wiederholten Angriffen der sri-lankischen Armee auf Zivilkrankenhäuser, Behelfskrankenhäuser und Lebensmittelverteilungsstellen ausgesetzt waren. Diese hatten Zehntausende von zivilen Opfern und die Zerstörung ziviler Objekte zur Folge (ITJP, 2019).

Unter neuem Präsidenten Rajapaksa wurden Verfahren gegen des Verschwindenlassen von Personen angeklagte Militärs eingestellt.

Die neue Regierung Rajapaksa hat die von der Vorgängerregierung eingeleiteten Gerichtsverfahren gegen Marineoffiziere eingestellt, die des Verschwindens und der Tötung von elf jungen Männern in Colombo und seinen Vororten in den Jahren 2008 und 2009 beschuldigt werden (HRW, Februar 2020).

Begnadigung des Täters des Mirusuvil-Massakers.

Für Aufsehen sorgte die Begnadigung des Armeeeoffiziers Sergeant Sunil Rathnayaka durch den Präsidenten Gotabaya Rajapaksa im März 2020. Rathnayaka war 2015 nach einem 13-jährigen Gerichtsprozess des Mordes an acht intern vertriebenen Tamil_innen im Jahr 2000 schuldig gesprochen worden. Unter den Opfern befanden sich drei Kinder – darunter ein fünfjähriges Kind mit Folterspuren. Der Schuldspruch war durch den Supreme Court im Mai 2019 bestätigt worden. Gotabaya Rajapaksa hatte im Oktober 2019 versprochen, dass er «grundlos» angeklagte «Kriegshelden» freisprechen und aus der Haft entlassen würde. Nach Angaben von *Amnesty International* sende die Begnadigung eine äusserst beunruhigende Botschaft. Sie bedeute, dass Täter von schrecklichen Verbrechen, die dem Militär angehören, begnadigt und freigelassen werden – auch wenn sie durch ein Gericht verurteilt wurden (AI, 2020).

2.3 Wahrnehmung von Behördenvertretern, dass sich LTTE regroupiert

Neuer Verteidigungsminister Gunaratne behauptet, dass sich die LTTE regroupiert, dies mit Unterstützung der tamilischen Diaspora. Der neue Verteidigungsminister Major General Kamal Gunaratne wird von verschiedenen Quellen zitiert (GoSL, 2019; Economynext, 2019), dass er bei einer Veranstaltung in Jaffna im Dezember 2019 gesagt habe, dass die Geheimdienste Sri Lankas eine zentrale Rolle spielen würden, um die LTTE im Auge zu behalten. Die LTTE versuche sich laut des Verteidigungsministers zu regroupieren (GoSL, 2019; Economynext, 2019). Nach Angaben des auf der Webseite des sri-lankischen *Ministry of Defence* zitierten Verteidigungsministers Gunaratne versuche die tamilische Diaspora, die LTTE wiederzubeleben, um das zu erreichen, was die LTTE durch den bewaffneten Kampf nicht erreichen konnte (GoSL, 2020).

Verteidigungsminister Gunaratne: Militär in höchster Alarmbereitschaft, keine Vernachlässigung der Sicherheit auf Kosten von Demokratie und Versöhnung. Weiter wird auf der Webseite des sri-lankischen *Ministry of Defence* der Verteidigungsminister Gunaratne zitiert, dass die nationale Sicherheit in der Vergangenheit auf Kosten von Demokratie und Versöhnung vernachlässigt worden sei. Die gegenwärtige Regierung dagegen habe eine sichere und friedliche Nation geschaffen. Das Militär werde in höchster Alarmbereitschaft gehalten, um jeder Gefahr einer Destabilisierung der nationalen Sicherheit des Landes entgegenzutreten (GoSL, 2020).

Verhaftung von mutmasslichen LTTE-Mitgliedern im Dezember 2019 wegen angeblichen Wiederaufbau der LTTE. Dem *Daily Mirror* zufolge wurden am 8. Dezember 2019 vier Tamilen von der *Terrorist Investigation Division* (TID) – der für die Terrorismusbekämpfung zuständigen Polizei – verhaftet. Es handelte sich um vier ehemalige und nicht rehabilitierte LTTE-Kader, die von der TID beschuldigt wurden, die LTTE wiederaufbauen zu wollen. Die Familien von zwei der vier Personen meldeten das Verschwinden ihrer Angehörigen, bevor sie über deren Verhaftung informiert wurden (*Daily Mirror*, 10. Dezember 2019).

2.4 Situation im Norden und Osten

Hohe Militärpräsenz im Norden und Osten, zunehmende Zahl von Checkpoints seit November 2019. Die Militarisierung habe in den letzten Monaten laut CPA (2020) stark zugenommen. So berichtet CPA, dass seit dem jüngsten Machtwechsel eine gestiegene Anzahl von militärischen Checkpoints insbesondere im Norden und Osten zu beobachten sei. Auch die *Kontaktperson A, die in Sri Lanka als katholischer Priester im Norden tätig ist*, gab der SFH an, dass der Norden und Osten des Landes unter der neuen Regierung militarisiert werde. So seien wieder Checkpoints errichtet worden, wie sie auch im Bürgerkrieg eingesetzt wurden, und Personen würden an einigen Orten vom Militär kontrolliert. Diese sichtbar erhöhte Militärpräsenz wecke starke Befürchtungen bei der Bevölkerung im Norden und Osten (Auskunft vom 20. März 2020 mittels eines Instant-Messengers von *Kontaktperson A, die in Sri Lanka als katholischer Priester im Norden tätig ist*). Die *Kontaktperson C, die im Norden Sri Lankas im Bereich Menschenrechte tätig ist*, gab ebenfalls an, dass im Norden seit November 2019 mehr Checkpoints als zuvor errichtet wurden und aktiv seien. Dabei handelt es sich laut *Kontaktperson C* nicht nur um Polizei-Checkpoints, aber auch um solche der sri-

lankischen Armee und Navy. Auch in Vavuniya sei beispielsweise eine verstärkte Militärpräsenz und mehr Checkpoints zu beobachten (E-Mail-Auskunft vom 23. März 2020 von *Kontaktperson C, die im Norden Sri Lankas im Bereich Menschenrechte tätig ist*).

Zunehmende Überwachung und Kontrolle im Norden. *Kontaktperson B, die in Sri Lanka für die katholische Kirche im Norden tätig ist*, gab der SFH am 20. März 2020 an, dass die Überwachung im Norden bereits vor der Präsidentschaftswahl vom November 2019 hoch gewesen sei, aber seither nochmals zugenommen habe. Das Büro einer Menschenrechtsaktivistin in Vavunya sei so beispielsweise bereits im September 2019 und dann mehrfach nach der Präsidentschaftswahl vom *Criminal Investigation Department* (CID) und von der *Terrorist Investigation Division* (TID) durchsucht wurde. Die Menschenrechtsaktivistin sei auch vorgeladen worden, beim CID in Colombo zu erscheinen. Laut *Kontaktperson B* seien solche Vorfälle aktuell häufig und zahlreiche Personen seien vorgeladen worden (Auskunft vom 20. März 2020 mittels eines Instant-Messengers von *Kontaktperson B*). HRW (Februar 2020) berichtete ebenfalls, dass Überwachung und Einschüchterung durch Sicherheitskräfte in Sri Lanka seit November 2019 deutlich zugenommen habe. Nach Angaben der *Kontaktperson C, die im Norden Sri Lankas im Bereich Menschenrechte tätig ist*, haben Kontrollen und Überwachung seit November 2019 zugenommen. So gibt es seither häufigere Stichproben-Kontrollen in Reisebussen. Auf der Strasse A9 zwischen Vavuniya und Jaffna gibt es aktuell mindestens sechs permanente Checkpoints. In einigen dieser Checkpoints müssen die reisenden Passagiere aus den Bussen aussteigen und sich bei den Sicherheitskräften registrieren (E-Mail-Auskunft vom 23. März 2020 von *Kontaktperson C, die im Norden Sri Lankas im Bereich Menschenrechte tätig ist*).

Corona-Virus: Einige Militärcamps scheinbar temporär zu Quarantäne-Zentren umfunktioniert. Nach Angaben der *Kontaktperson C, die im Norden Sri Lankas im Bereich Menschenrechte tätig ist*, seien einige Militärcamps zu Quarantäne-Zentren für Personen, mit Krankheitssymptomen im Zusammenhang mit dem Corona-Virus umfunktioniert worden (E-Mail-Auskunft vom 23. März 2020 von *Kontaktperson C, die im Norden Sri Lankas im Bereich Menschenrechte tätig ist*).

3 Überwachung der Diaspora

Unter früherer Regierung von Mahinda und Gotabaya Rajapaksa sehr aktive Überwachung der Diaspora. Die SFH (2013) hat in einem länger zurückliegenden Bericht ausführlich die Überwachungstätigkeiten der sri-lankischen Behörden unter dem damaligen Präsidenten Mahinda Rajapaksa sowie dem damaligen Verteidigungsminister und seit November 2019 amtierenden Präsidenten Gotabaya Rajapaksa dokumentiert. So seien damals sri-lankische Botschaften und Regierungsvertreter im Ausland sehr aktiv bei der Überwachung der Diaspora gewesen. Vermeintliche Sympathisant_innen und Pro-LTTE-Organisationen seien dabei besonders im Fokus dieser Überwachung gestanden. Auch in der Schweiz wurden regierungskritische Veranstaltungen und die Diaspora regelmässig überwacht. Auch wurden tamilischen Rückkehrenden in Verhören oft Fotos und Videos exilpolitischer Aktivitäten gezeigt, und sie wurden gezwungen, sich selber und andere Teilnehmende in diesen zu identifizieren (SFH, 2013).

Sri-lankische Behörden überwachen auch aktuell weiterhin Diaspora, Überwachung der sozialen Medien. *Kontaktperson D*, die in einer international tätigen tamilischen Diasporaorganisation tätig ist, betonte in einer E-Mail-Auskunft vom 6. April 2020, dass die sri-lankischen Behörden systematisch Informationen über Aktivitäten der Diaspora sammeln und diese überwachen. Insbesondere in Grossbritannien habe die Diasporaorganisation dies beobachtet. *Kontaktperson A*, die in Sri Lanka als katholischer Priester im Norden tätig ist, gab der SFH am 2. April 2020 an, dass die sri-lankischen Behörden die Diaspora überwachen würden. Es sei zudem möglich, dass Informant_innen den sri-lankischen Behörden entsprechende Informationen liefern (Auskunft vom 2. April 2020 mittels eines Instant-Messengers von *Kontaktperson A*). Das *UK Home Office* berichtete im Februar 2020 basierend auf Erkenntnissen eine Abklärungsreise in Sri Lanka im September und Oktober 2019, dass mehrere Quellen angaben, dass sie Kenntnis hätten oder glaubten, dass die sri-lankischen Behörden die Diaspora auch aktuell in gewissem Umfang überwachen. Ein interviewter Journalist erklärte so dem *UK Home Office*, dass dies gängige Praxis sei, da Regierung und Militär einen Aufstand unter der tamilischen Bevölkerung befürchten und deshalb beispielsweise sri-lankische Beamt_innen unter Demonstrant_innen in Grossbritannien mischen, um diese zu überwachen. Ein Vertreter der Gemeinschaft der Nordprovinz erklärte, dass Aktivist_innen wahrscheinlich überwacht würden, und er habe Berichte über Mitglieder der Diaspora gehört, die nach ihrer Rückkehr nach Sri Lanka Opfer eingeschüchtert wurden. Nach Angaben eines vom *UK Home Office* interviewten Journalisten werden auch die sozialen Medien durch die sri-lankischen Behörden überwacht (*UK Home Office*, 2020).

Fotografieren von Kundgebungen der Diaspora durch sri-lankische Botschaftsmitarbeitende, Überwachung und Meldung von «Anti-sri-lankischen Aktivitäten» sowie Aktivitäten der LTTE im Ausland an Geheimdienste, Verteidigungsministerium und relevante Behörden ist Teil der Aufgaben des Botschaftspersonals. Ein von *UK Home Office* interviewter Journalist hatte Kenntnis, dass Protestierende im Ausland von sri-lankischen Botschaftsmitarbeitenden fotografiert werden (*UK Home Office*, 2020). *Kontaktperson D* wies darauf hin, dass im Dezember 2019 der ehemalige sri-lankische Verteidigungsattaché, der in der sri-lankischen Botschaft in Grossbritannien tätig war, von den britischen Behörden strafrechtlich verfolgt und vor Gericht für schuldig befunden, im Februar 2018 protestierende Tamil_innen bedroht zu haben, die am sri-lankischen Unabhängigkeitstag an einer Kundgebung vor der sri-lankischen Botschaft in London teilgenommen hatten (E-Mail-Auskunft vom 6. April 2020 von *Kontaktperson D*). In der sri-lankischen Zeitung *Colombo Telegraph* (Dezember 2019) wurde das Urteil gegen den Militärattaché publiziert. Unter anderem werden im Urteil mehrere Zeugenaussagen und auch als Beweis vorgelegte Bildaufnahmen genannt, die zeigen, dass Botschaftspersonal die Protestierenden fotografierten (*Colombo Telegraph*, Dezember 2019). *Kontaktperson D* gab an, dass die sri-lankische Botschaft im Verlaufe der Strafverfolgung durch seine Anwälte dem Gericht mitgeteilt habe, dass es zu den Aufgaben des Verteidigungsattachés gehöre, das sri-lankische Verteidigungsministerium und die Geheimdienste über die Aktivitäten der Diaspora zu informieren und die Aktivitäten zu überwachen (E-Mail-Auskunft vom 6. April 2020 von *Kontaktperson D*). Verschiedene weitere Quellen (*Colombo Telegraph*, Oktober 2019; *Morning Star*, 2019; *Sri Lanka Brief*, 2019) berichten ebenfalls, dass die sri-lankische Botschaft dem Gericht die «Job Description» des angeklagten Verteidigungsattachés mitgeteilt habe. Laut dieser habe der Brigadier offiziell den Auftrag gehabt, «Anti-sri-lankische Aktivitäten in Grossbritannien zu überwachen und diese der Botschaft sowie den Geheimdiensten in Sri Lanka zu melden. Die SFH konnte durch *Kontaktperson D* das genannte Dokument einsehen. Ein Ausschnitt des Dokuments wurde zudem auch

von *Sri Lanka Brief* (2019) publiziert. Laut der «Job Description» soll der sri-lankische Verteidigungsattaché unter anderem folgende Aufgaben erfüllen:

- Meldung von «Anti-sri-lankischen Aktivitäten» in Grossbritannien an den sri-lankischen Botschafter, das sri-lankische Verteidigungsministerium, das sri-lankische Außenministerium, die sri-lankischen Geheimdienste sowie weiteren relevanten Behörden in Sri Lanka.
- Überwachung von Aktivitäten der LTTE in Grossbritannien sowie die Ausarbeitung von Gegenmassnahmen in Koordination mit den Geheimdiensten in Sri Lanka.
- Vorzeitige Information der sri-lankischen Botschaft über jegliche Anti-Regierungsproteste und die Planung und Ausführung von Strategien um diesen entgegenzuwirken (E-Mail-Auskunft vom 6. April 2020 von *Kontaktperson D*; *Sri Lanka Brief*, 2019).

Überwachung der Geheimdienste von Verbindungen zwischen tamilischer Diaspora und lokaler Ebene in Sri Lanka. Das australische *Department of Foreign Affairs and Trade* (DFAT) berichtete im November 2019, dass die sri-lankischen Geheimdienste in Sri Lanka auf lokaler Ebene Verbindungen zu ausländischen Gruppen und zur tamilischen Diaspora beobachten und überwachen würde.

4 Gefährdung bei Rückkehr wegen im Ausland getätigter Geldsammelaktivitäten für Kriegsoffer

Rückkehrende werden verhört, überwacht und wecken Verdacht der Behörden. Nach am 24. Oktober 2019 in einem Interview gemachten Angaben der *Kontaktperson G*, die in *Sri Lanka als katholischer Priester im Norden tätig ist*, seien Rückkehrende aus westlichen Ländern in einer «komplizierteren» Situation, als jene die aus Indien oder aus den Golf-Staaten zurückkehrten. So würden sie überwacht und den Verdacht der Sicherheitskräfte erregen. Die Behörden würden versuchen, herauszufinden, ob eine Person eine Verbindung zur LTTE hatte. Wenn sich der Verdacht erhöhte, habe dies eine verstärkte Überwachung zur Folge. In einem Interview vom 18. Oktober 2019 gab *Kontaktperson H*, die für eine internationale Organisation in Sri Lanka tätig ist, an, dass nach Sri Lanka Rückkehrende routinemässig bei ihrer Ankunft am Flughafen Colombo verhört werden. Die Einwanderungsbehörden (*Department of Immigration and Emigration*) und dann der *State Intelligence Service* (SIS) sowie das *Criminal Investigation Department* (CID) würden diese Verhöre durchführen (Interview vom 18. Oktober 2019 mit *Kontaktperson H*; Interview am 17. Oktober 2019 mit *Kontaktperson B*). Die Dauer der Verhöre sei unterschiedlich und könne zwischen Stunden und mehreren Tagen liegen. Zu einem späteren Zeitpunkt und wenn die Verhöre beendet seien, würden die Rückkehrenden laut *Kontaktperson H* an dem von ihnen angegebenen Wohnort von der Polizei aufgesucht. Meist handle es sich dabei um die CID.

Geldsammelaktivität im Ausland wird vermutlich als Versuch gesehen, die LTTE wiederzubeleben. Vergangenheitsarbeit als heikles Thema, Verhöre wegen Geldüberweisungen für humanitäre Zwecke, Zunahme von Verhören und Schikane von Familienangehörigen von Diasporamitgliedern nach Regierungswechsel im November 2019. Nach Angaben von *Kontaktperson A*, die in *Sri Lanka als katholischer Priester im Norden tätig ist*, sei davon auszugehen, dass die sri-lankischen Behörden Geldsammelaktivitäten im Ausland

zugunsten von Kriegsopfern als Versuch der Diaspora, die LTTE wiederzubeleben, interpretieren würden. Eine Rolle dabei spiele auch, dass die Regierung die Vergangenheitsaufarbeitung als heikles Thema betrachte. So sei davon auszugehen, dass die Regierung das Sammeln von Geldern für Kriegsopfer als kritisch betrachten könnte, da dies einerseits als Kritik ausgelegt werde, dass der sri-lankische Staat zu wenig Hilfe für die Opfer des Konflikts leiste und dies zudem auch als Vorwurf gesehen werden könnte, dass es während des Konflikts Opfer von durch staatliche Akteure begangenen Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen gegeben habe (Auskunft vom 2. April 2020 mittels eines Instant-Messengers von *Kontaktperson A*). Auch die *Kontaktperson D*, die in einer international tätigen tamilischen Diasporaorganisation tätig ist, wies darauf hin, dass bezüglich der Gefährdung eines Diasporamitglieds, das aus dem Ausland Geld nach Sri Lanka sende, die Wahrnehmung der sri-lankischen Behörden von Bedeutung sei. Die Organisation der *Kontaktperson D* hat in Grossbritannien von Fällen Kenntnis, bei welchen die sri-lankischen Behörden die in Sri Lanka lebenden Familienangehörigen der Diasporamitglieder zu deren finanzieller Unterstützung aus dem Ausland verhört. Dabei habe es sich um finanzielle Unterstützung der Diasporamitglieder für verschiedene tamilische Anliegen in Sri Lanka gehandelt. Dazu hätte die finanzielle Unterstützung für die Untersuchung von Kriegsverbrechen, aber auch die Unterstützung der tamilischen Bevölkerung aus humanitären Gründen gehört. Die Verhöre und Schikane von Familienangehörigen von Diasporamitgliedern hätten nach dem Regierungswechsel im November deutlich zugenommen (E-Mail-Auskunft vom 6. April 2020 von *Kontaktperson D*).

Diasporamitglieder, die Geld nach Sri Lanka senden, geraten in Fokus und werden überwacht. Auch Empfänger_innen geraten in Fokus der Behörden. Nach Einschätzung der *Kontaktperson E*, die in Sri Lanka im Bereich Menschenrechte tätig ist, geraten Diasporamitglieder, welche Geld nach Sri Lanka senden, in den Fokus der sri-lankischen Behörden und werden überwacht. Auch die Empfänger_innen können laut *Kontaktperson E* in den Fokus geraten. So sei beispielsweise im Frühling 2020 eine Gruppe von tamilischen Journalist_innen und Aktivist_innen ausführlich von Sicherheitskräften über Geldmittel verhört worden, welche diese von Diasporagruppen im Ausland erhalten hatten (Auskunft vom 10. April 2020 mittels eines Instant-Messengers von *Kontaktperson E*). *Kontaktperson D* wies ebenfalls darauf hin, dass Familienangehörige von Diasporamitgliedern über deren finanzielle Unterstützung von tamilischen Anliegen verhört wurden (E-Mail-Auskunft vom 6. April 2020 von *Kontaktperson D*).

Dokumentierte Fälle von Entführten und Gefolterten aus den Jahren 2016 und 2017: Fokus auf Rückkehr aus dem Ausland, ausländische Finanzierung der LTTE, wohltätige Geldzuweisungen durch Diaspora, Verbindungen zur LTTE. Dokumentierte Fälle des *International Truth and Justice Project* (ITJP) weisen darauf hin, dass Geldsammelaktivitäten von Diasporamitgliedern im Ausland zu einer Gefährdung bei der Rückkehr führen können. Die SFH (2018) berichtete ausführlich über die durch das ITJP dokumentierten zahlreichen Entführungs- und Folterfälle in den Jahren 2016 und 2017 während der Amtszeit vom damaligen Präsident Maitripala Sirisena. Die Betroffenen wurden massiver Folter und sexueller Gewalt ausgesetzt. Sämtliche dokumentierten Fälle waren tamilische Personen. Eine relevante Anzahl der Betroffenen war nach der Rückkehr aus dem Ausland entführt und anschließend zu Aktivitäten und tamilischen Personen im Ausland verhört worden. Ein Fokus der dokumentierten Verhöre lag auf der Neugruppierung der LTTE, «Säuberungs-Operationen» gegen ehemalige LTTE-Mitglieder, sowie der ausländischen Finanzierung der LTTE. Einerseits hätten sich die Fragen dabei auf eine mögliche Neugruppierung der LTTE und auf mögliche finanzielle und weitere Unterstützung aus dem Ausland konzentriert. Zudem hätten die

Verhörenden Interesse an möglichen Verbindungen der Diaspora zu Protesten im Norden Sri Lankas gezeigt. Auch finanzielle Unterstützungen durch die Diaspora für wohltätige Zwecke seien im Fokus der Verhöre gestanden, sowie die Annahme der Sicherheitskräfte, dass diese Mittel für die LTTE verwendet würden. Auch eine Verbindung der Betroffenen zur LTTE – auch wenn diese nur aus einer Verwandtschaft zu LTTE-Mitgliedern bestand – konnte laut ITJP zu einer Gefährdung führen. Nach Einschätzung von ITJP sei aufgrund zahlreicher Indizien davon auszugehen, dass diese Entführungen und Folterungen von Mitgliedern der staatlichen Sicherheitskräfte unter Zuhilfenahme geheimdienstlicher Mitteln durchgeführt wurden. (SFH, 2018).

Unter früherer Regierung von Mahinda Rajapaksa und Gotabaya Rajapaksa gab es dokumentierte Verhaftungen und Folter gegen Rückkehrende, die im Ausland mutmasslich Spenden für die LTTE gesammelt hatten. Unter der damaligen Regierung von Präsident Mahinda Rajapaksa und Verteidigungsminister Gotabaya Rajapaksa waren Rückkehrende gefährdet, die verdächtigt wurden, im Ausland Geld für die LTTE gesammelt zu haben. Im Bericht der SFH aus dem Jahr 2013 wird unter anderem unter Berufung auf das UNHCR darauf hingewiesen, dass vermutete und vermeintliche Spendensammler für die LTTE unter der damaligen Regierung von Mahinda Rajapaksa gefährdet waren. Auch der Kontakt zu sri-lankischen Diaspora-Gruppen, die damals für die LTTE Spenden sammelten, führte zu einer Gefährdung. Weiter wurde von dokumentierten Fällen berichtet, in welchen Rückkehrende von den damaligen Behörden gefoltert und zu Spendensammelaktionen der LTTE oder zur Mitwirkung an ähnlichen solchen Arbeiten verhört wurden (SFH, 2013).

5 Quellen

AI, 2020:

*«Where accountability is so rare for serious human rights violations in Sri Lanka, **the government's arbitrary decision to release Sergeant Rathnayaka sends an extremely worrying message. It means that military perpetrators of horrific crimes, even if convicted through a court of law, will be pardoned and released.**» The pardon comes at a time when there are public calls to ease prison crowding by releasing prisoners held for, amongst others, petty crimes and those who are unable to meet bail conditions, to avoid the spread of COVID-19. Amnesty International is also concerned by any further decisions along the same lines as pledged by President Gotabaya Rajapaksa during his election campaign. Sri Lanka is a party to the International Covenant on Civil Political Rights (ICCPR) and has an obligation to ensure that any person whose rights or freedoms have been violated have an effective remedy (Article 2).«Using the pandemic as an opportunity to release those convicted for heinous crimes is reprehensible. Victims have a right to justice, and Sri Lanka has an obligation to ensure that justice is done. **After many long years, the victims of the Mirusuvil massacre from 2000 finally got a semblance of justice in 2015. It is despicable to have that justice reversed through an arbitrary Executive decision,**» said Biraj Patnaik.*

Background

After more than a decade of long delays and case transfers, in June 2015, the Colombo High Court sentenced army officer Sergeant. Sunil Rathnayaka to death for the murder of eight Tamil Internally Displaced People (IDPs) in December 2000 after a 13-year trial. The victims included three, children amongst who was a five- year-old whose body

showed signs of torture. Sergeant Rathnayake, along with four other officers were indicted based on multiple charges, including unlawful assembly with common intention to cause injury and murder. Although Sergeant. Rathnayake was found guilty on 17 counts, the others were cleared of all charges for insufficient evidence to prove guilt beyond reasonable doubt.

Sergeant Rathnayaka appealed the conviction, and a five-judge-bench of the Supreme Court of Sri Lanka unanimously affirmed the conviction in May 2019.

In October 2019, then Presidential hopeful Gotabaya Rajapaksa pledged that once in power, he would acquit and release 'war heroes' being held on 'baseless' charges. »

Quelle: Amnesty International, Justice reversed for victims of the Mirusuvil massacre, Sri Lanka, 26. März 2020: www.amnesty.org/en/latest/news/2020/03/justice-reversed-for-victims-of-the-mirusuvil-massacre-from-sri-lanka/.

CPA, 2020:

*«Beyond these official statements are **disturbing trends towards authoritarianism, militarization and securitization with a new brand of professionals directly loyal to the President playing an increasingly influential role in the policy direction of the present Government. This is also in a context where an aggressive line is being taken towards reconciliation and rights protection with incidents of cracking down on dissent, reverting back to the patriots vs traitors dichotomy and the initiation of a fresh assault on independent institutions.** (...) A test for the President in the immediate future is whether and how he consolidates his base and delivers on campaign promises. This is also in a context where former **President Mahinda Rajapaksa is Prime Minister and wields considerable power as per the Nineteenth Amendment.** With these two power centres, held by two brothers, developments in the next Parliament will require close attention on whether constitutional reforms will pave the way for consolidation of power with the Executive Presidency, or whether a compromise is reached to keep some provisions of the present framework intact. Notable is the role of Basil Rajapaksa. As the chief mastermind of the emergence of the SLPP as a political force and the 2018 and 2019 election victories, **Basil Rajapaksa is a force to be reckoned with and will likely play a pivotal role in decision making in Sri Lanka.** (...) Despite a decade having passed since the end of the war, **militarization is evident across Sri Lanka with the role of the military expanding into new areas in post war Sri Lanka.** Since the Easter Sunday attacks, the primacy afforded to security, stability and a strong ruler witnessed the military and intelligence receiving prominence and the legislative and policy agenda being informed and influenced by national security considerations. Candidate Gotabaya Rajapaksa and his campaign were able to use this momentum and address the fears of the public, receiving a resounding mandate with his promise to provide stability and security. **This has witnessed the expansion of a powerful Ministry of Defence with an unprecedented number of former military officials receiving promotions and appointments to key positions in government, despite some facing allegations of past abuses.** (...) **The intention to strengthen the defence and intelligence arm is also evident with proposals of future legislation including in the area of intelligence and counter-terror.** These would require careful scrutiny when made public to ensure there is oversight and safeguards. **In the last few months, militarization has amplified to new and different levels. In addition to the high number of former military personnel appointed to key positions in government, there has been an increase in check points especially in the North and East and more recently with military police brought into reduce traffic congestion. There is also the rising prominence of those who have been personally loyal to President Rajapaksa, for***

instance the promotion of Lt. General Shavendra Silva to Acting Chief of Defence and the vociferous defence of him when he was designated by the United States of America. (...)

One of the key themes of the SLPP election campaign was an opposition to the political processes associated with human rights and reconciliation in Sri Lanka and this has been reflected during their time in government. The official withdrawal from cosponsoring the United Nations Human Rights Council (UNHRC) Resolution, the Government's declaration that legislation providing for the Office of Missing Persons (OMP) will be reviewed, and the President's statement declaring that all wartime missing persons are dead, all point to a lack of regard for Sri Lanka's ethnic question and legacy of past abuses.

(...) Human rights in general have come under increased scrutiny and threat. Recent months have witnessed an increase in surveillance of civil society with regular visits to offices and requests for information including in some instances personal information of activists. Signs of restricting activities linked with human rights and reconciliation were evident when the Additional District Secretary of Mullaitivu District issued a letter on 26th February 2020 requesting that local and international organisations minimise 'soft skilled programmes', a reminder of pre 2015 attempts by the then Government to restrict the work on issues deemed sensitive. Protection concerns have also been raised including the alleged abduction of the employee of the Embassy of Switzerland and the subsequent attacks she faced in the media. Some journalists and media organisations have also come under scrutiny with journalists questioned and threatened and media houses searched. Restrictions on freedom of assembly were also seen with the Government designating an area for protests in the heart of Colombo.²⁸ With the NGO Secretariat coming under the purview of the Ministry of Defence and the prospect of future legislation and regulations to restrict civil society and media, credible fears remain as regards the civic space in Sri Lanka. New threats to freedom of religion have also arisen following Prime Minister Mahinda Rajapaksa's statements regarding a possible revival of the anti-conversion bill. These developments are reminiscent of Sri Lanka's past and now initiated by a popular President in the guise of national security and discipline. (...)

The 100+ days of this Government raises concerns with some key reforms introduced since 2015 to provide for the rule of law and human rights protection. With the possibility of amending the Nineteenth Amendment to the Constitution, fears are of the return to politicised and weak institutions and processes. These will directly impact key institutions such as the judiciary, independent commissions and others who have played a critical role in being an effective check on the Executive. In such a context, cases already before court will continue to face numerous delays whilst other cases might fall by the wayside whilst justice remains elusive. Since taking office, there has been an increase in the rhetorical attacks on independent institutions and individuals who took the lead and were involved in investigations into financial crimes and human rights violations. Public criticism on investigators linked to key cases commenced soon after the Presidential elections, with some senior officials facing demotions, transfers and attacks in the media. Such trends do not bode well for other officials including those prosecuting and, in the judiciary, and it is likely the vilification will continue and possibly increasing in the lead up to Parliamentary Elections and beyond. (...) Further, worrying signs of interference and undermining of the judiciary were evident in the first few months of Government. In January the President appointed a Commission of Inquiry (COI) into 'political victimization' in terms of past investigations and inquiries and later expanded its mandate. Soon after the COI issued instructions to the Attorney General to stop proceedings with the Attorney

General refusing to abide by such instructions.» Quelle: Center for Policy Alternatives (CPA), Sri Lanka's Recent Political Challenges & Prospects for the Future, März 2020, S. 2, 4, 7-10: www.cpalanka.org/wp-content/uploads/2020/03/Commentary-Sri-Lanka%E2%80%99s-Re-cent-Political-Challenges-Prospects-for-the-Future.pdf.

Colombo Telegraph, Dezember 2019:

«Former Sri Lankan Defence Attaché Brigadier Priyanka Fernando has been convicted for threatening Tamils under the section 4 A of Public Order Act by Westminster Magistrate Courts a short while ago.(...) 2. On 4th February 2018 there was a demonstration by Tamil sympathisers who were protesting on Sri Lanka's National Day outside the High Commission near Hyde Park. It was a peaceful demonstration but involved flag waving and chanting. There were about five or six police there initially and about 50 or 60 protesters. At one point the police moved the protesters as they were blocking the road. The police did not need to make any arrests at any point.

3. During this demonstration, Brigadier Fernando, in uniform, was outside the High Commission when he made three cut-throat gestures by drawing his fingers across his throat. This action is clearly shown on the video and still photographs which have been exhibited. (...) He said **that the Brigadier was observing them for a long time. He took photographs of the protest. One of the exhibits shows the Brigadier taking a selfie with the protestors in the background.** When the defendant made the gestures, Mr Sathananthan thought they were focused on him. The effect on Mr Sathananthan was that he thought the Brigadier was conveying to him that he would kill him by cutting his throat. He was frightened.(...) He did not know the officer but knew that he was an army officer and found out his name later. **He noticed the Brigadier and another man in a white shirt taking photographs. Mr Perera said that he still felt frightened when remembering the incident because the Brigadier took his photograph and he believed he could be killed by him. He believed the Brigadier could do anything because he has spies here.** » Quelle: Colombo Telegraph, Defence Attaché Brigadier Priyanka Fernando Convicted – Full Text Of The Judgment, 6. Dezember 2019: <https://www.colombotelegraph.com/index.php/defence-attache-brigadier-priyanka-fernando-convicted-full-text-of-the-judgment/>.

Colombo Telegraph, Oktober 2019:

«On 1st February 2019, at Westminster Magistrates Court, before the Chief Magistrate Emma Arbuthnot, Counsel for Brigadier Fernando argued that the Brigadier's actions were covered by indefinite immunity as they were within his official duties to monitor any anti-Sri Lankan activities or LTTE activities and report them to the Sri Lankan High Commission and to prepare appropriate strategies to safeguard the High Commission. In support, the Defence relied on a "Job Description Document" issued by the Sri Lankan High Commission to Brigadier Fernando which provides that the Brigadier was officially authorized by the Sri Lankan Government to "Monitor any anti-Sri Lankan activities in the UK and report to the High Commissioner and through her to the Intelligent Agencies in Sri Lanka".» Quelle: Colombo Telegraph, Brigadier Priyanka Fernando To Face A Fresh Retrial On Friday: ICPPG, 17. Oktober 2019: <https://www.colombotelegraph.com/index.php/brigadier-priyanka-fernando-to-face-a-fresh-retrial-on-friday-icppg/>.

Daily Mirror Online, 2019:

«**Terrorist Investigation Division (TID) said that four non-rehabilitated LTTE cadres have been taken into custody in the Muthur and Sampur areas on Sunday when they were engaged in rejuvenating LTTE.** They had been identified as the residents of Kattapari-chchan South, Mahalchena and Ralkuli areas that belonged to Muthur and Sampur police divisions and the two motorcycles that were in their possession were also taken into custody. Having questioned from them, one T56 rifle, two magazines, 61 live cartridges, one claymore mine, three live grenades, three detonators and 31 live ammunition used for 9 mm. pistols had been recovered. Four suspects had been taken to Colombo Terrorist Investigation Division for further questioning. They had been arrested due to the information received by the Government Intelligence Service.» Quelle: Daily Mirror Online, Four persons who tried to rejuvenate LTTE arrested, 10. Dezember 2019: http://www.dailymirror.lk/breaking_news/Four-persons-who-tried-to-rejuvenate-LTTE-arrested/108-179360.

DFAT, 2019:

«**Members of the Tamil community claim that authorities continue to monitor public gatherings and protests in the north and east, and practise targeted surveillance and questioning of individuals and groups. Security forces are most likely to monitor people associated with politically-sensitive issues related to the war, including missing persons, land release and memorial events. (...) Communities in the north and east report that monitoring is undertaken by military intelligence and the Police Criminal Investigation Department, though in many cases officers dress in plain clothes and do not identify themselves. According to local sources, those participating in public gatherings and protests are often photographed. In the east, local informants within the community (including neighbours and business owners) reportedly undertake monitoring on behalf of the authorities. Intelligence agencies also monitor links to foreign groups, including some in the Tamil diaspora.(...) Local sources told DFAT that participants in politically-sensitive protests in the north, particularly in relation to missing persons and land returns, are monitored and sometimes questioned by the authorities.**» Source: Australian Government – Department of Foreign Affairs and Trade (DFAT), DFAT Country Information Report Sri Lanka, 4. November 2019, S. 24-25, 42: www.ecoi.net/en/file/local/2019380/country-information-report-sri-lanka.pdf.

Economynext, 2019:

«**On his first visit to Jaffna as Defence Ministry Secretary, Maj Gen (Rtd) Kamal Gunaratne said the country's intelligence agencies have a vital role to play in keeping tabs on the LTTE which he said is attempting to re-emerge.**» Quelle: Economynext, Intelligence plays vital role in monitoring LTTE remnants, extremist groups – Def Secy, 13. Dezember 2019: <https://economynext.com/intelligence-plays-vital-role-in-monitoring-ltte-remnants-extremist-groups-def-secy-47281/>.

GoSL, 2019:

«**While the LTTE is attempting to re-emerge and an extremist group of misled youth, who has misinterpreted their religion, are trying to destabilize peaceful situation in the country, the intelligence agencies have a vital role to play to keep a tab on those disturbing elements to protect the country, Defence Secretary Maj. Gen (Retd) Kamal Gunaratne**

said.» Quelle: Government of Sri Lanka (GoSL), Ministry of Defence, Intelligence services play a major role in controlling terrorism and extremism - Defence Secretary, 12. Dezember 2019: http://www.defence.lk/Article/view_article/771.

GoSL, 2020:

«Defence Secretary Maj. Gen. (Retd) Kamal Gunaratne said today (13) that **national security was neglected at the expense of democracy and reconciliation during the past but the present government had created a secure and peaceful nation.** (...) Addressing the officers and other ranks during his maiden visit to the Sri Lanka Air Force (SLAF) Headquarters, today, he said **the military was kept on high alert to face any threat to destabilize the country's national security.**

"Tamil diaspora is trying their best to revive the LTTE to achieve what the LTTE could not achieve through the arms struggle by lobbying against the government with the support of the international community. But all those attempts were futile," he said. Quelle: Government of Sri Lanka (GoSL), Ministry of Defence, National security was neglected due to negligence and ignorance - Defence Secretary, 13. Januar 2020: http://www.defence.lk/Article/view_article/822.

HRW, Februar 2020:

«**Sri Lankan security forces and intelligence agencies have intensified surveillance and threats against families of victims of enforced disappearance and activists supporting them since Gotabaya Rajapaksa became president in November 2019, Human Rights Watch said today.** The Sri Lankan government should fulfill its commitments to the United Nations Human Rights Council to strengthen efforts to locate the "disappeared" and bring those responsible to justice.

Activists working in six locations in the northern and eastern parts of the country on behalf of relatives of the forcibly disappeared told Human Rights Watch that there has been a significant increase in government surveillance and intimidation. One activist said that prior to a recent victims' meeting, "every one of the mothers got at least six telephone calls from different intelligence agencies asking, 'Where is the meeting?' 'Who is organizing the meeting?' 'What is being said?'" Another activist said, "We can't do any visible programs.... We've stopped everything."

"The families of Sri Lanka's 'disappeared' have spent years waiting for answers, but with the Rajapaksas back in power, security forces are threatening them to drop their demands for truth and accountability," said Meenakshi Ganguly, South Asia director. "The government needs to stop the harassment immediately and abide by Sri Lanka's pledges to the UN to uncover the fate of the 'disappeared' and provide justice to victims' families."

Thousands of people, primarily ethnic Tamils, are believed to have been forcibly disappeared in state custody between 2005 and 2015, when the current president was defense secretary and his brother, current Prime Minister Mahinda Rajapaksa, was president. President Rajapaksa has resisted demands for justice, including past Sri Lankan commitments to the UN Human Rights Council, and said at a recent meeting with the UN that the "missing persons are actually dead." (...) During the bloody civil war, from 1983 to 2009, between the Sri Lankan

government and the separatist Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE), both sides committed numerous abuses, including enforced disappearances. UN reports found credible allegations of enforced disappearances by government forces of captured LTTE fighters and Tamil civilians during the final months of the war in 2009. **Among the army units the UN implicated in the worst atrocities at the war's end were those commanded by the current army chief, Gen. Shavendra Silva, and the defense secretary, Gen. Kamal Gunaratne. On February 14, 2020, the United States State Department designated Silva and his immediate family members ineligible for entry into the US "due to credible information of his involvement, through command responsibility, in gross violations of human rights, namely extrajudicial killings."**

The new Rajapaksa administration has halted legal proceedings initiated by the previous government against navy officers accused of the enforced disappearance and alleged killing of 11 young men in Colombo and its suburbs in 2008 and 2009. In November 2019, following the presidential election, a government investigator looking into this and other cases of alleged serious rights violations implicating government officials fled the country following threats. Other criminal investigators have since been put under travel restrictions. A member of the advocacy group Mothers of the Disappeared whose son was forcibly disappeared in 2009 told Human Rights Watch that since the presidential election she has been repeatedly visited by members of the police Criminal Investigation Department (CID). (...)

"They have come and asked who is going to meetings," she said. "And who is going to Geneva [to attend the UN Human Rights Council]. These are children who were taken by white vans from our houses or who surrendered [to the army]. These are the children we are talking about. I want to know what happened to my son – whether he is dead or alive, and if he is not alive, what happened to him and who did it; whether he was beaten, whether they broke a limb."

A person who works closely with the families of the disappeared said that under the relatively open environment of the previous government, many relatives of the disappeared had chosen to speak out about their cases. "Now they [the security forces] know who talked about their crimes, so the victims have fears about their safety," he said."

Quelle: Human Rights Watch, Sri Lanka: Families of 'Disappeared' Threatened, 16. Februar 2020: www.hrw.org/news/2020/02/16/sri-lanka-families-disappeared-threatened.

ITJP, 2019:

«There is compelling evidence to charge Sri Lanka's newly appointed secretary of defence, retired Major General Kamal Gunaratne, with war crimes and crimes against humanity. Here is a 100-page dossier on the secretary of defence, focusing on his role as the 53 Division commander in the war and the Competent Authority for IDPs and commander of Joseph camp, an army camp notorious for torture after the war.

As 53 Division commander, Gunaratne led the assault from the southern front on Puthukkudiyiruppu in February 2009, according to his own account, directly receiving orders from the the man who is now President, Gotabaya Rajapaksa. Gunaratne's forces were then part of the assaults on Puthukkudiyiruppu, Putumattalan and Mullivaikkal, which involved repeated attacks on civilian hospitals, makeshift hospitals and food distribution points, resulting in tens of thousands of civilian casualties and the destruction

of civilian objects.» Quelle: International Truth and Justice Project (ITJP), PRESS RELEASE: New Dossier released on alleged war crimes by Sri Lanka's new secretary of defence, 10. Dezember 2019: <https://itjpsl.com/assets/press/final-KG-dossier-press-release-2019-final.pdf>.

Morning Star, 2019:

«*The court heard for the first time today that **Mr Fernando was operating under a 10-part job description, which included safeguarding “the High Commission premises during any protests.”** Mr Wayne argued that the slit-throat gestures fitted with his client's job description, a claim that failed to convince chief magistrate Emma Arbuthnot. The judge noted that the job description required Mr Fernando to “strictly adhere” to “personal behaviour and professional standards.” In her findings, the judge said “it was not part of his job description to draw his fingers across his throat on the three occasions he is said to have done that, and therefore he is not covered by the Vienna Convention.”(...)* **The court previously heard testimony from the Tamil complainants who said Sri Lankan diplomats repeatedly threatened and harassed them in London. Their claims are strengthened by point one of Mr Fernando's job description, which tasked him with “monitoring any anti-Sri Lanka activities in the UK and reporting to ... Intelligent [sic] agencies in Sri Lanka.”**» Quelle: Morning Star, 'Death threats were part of Sri Lankan diplomat's job description,' court told, 1. März 2019: <https://morningstaronline.co.uk/article/b/death-threats-were-part-sri-lankan-diplomat-job-description-court-told>.

New York Times, 2020:

«*The sanctions are the first international action against Sri Lanka stemming from its brutal civil war. **Several members of the new government are also accused of wartime abuses. The United States has imposed an entry bar on Sri Lanka's army chief, Lt. Gen. Shavendra Silva, citing his alleged involvement in war crimes during the final stages of the country's civil war.*** The travel restriction on the general is the first significant international penalty to be imposed on a Sri Lankan official over atrocities committed during the country's 26-year civil war with Tamil Tiger militants, which ground to a halt in 2009. The United Nations estimates that up to 40,000 Tamil civilians died in those final stages, many in extrajudicial killings, accusations the Sri Lankan government has denied. The move was a rebuke to a Sri Lankan government that is stacked with officials accused of rights abuses during the civil war — including Gotabaya Rajapaksa, who won presidential elections last November. Mr. Rajapaksa was the defense secretary during the final years of the war, and has appointed or promoted several officials accused of war crimes to important positions. Now, observers and diplomats fear Sri Lanka is slipping back into illiberal democracy. Since Mr. Rajapaksa became president, activists, journalists and opposition members have increasingly come under pressure from the government, which has harassed them through the courts and police investigations and used pro-government media outlets to hound anyone suspected of dissent.(...) **“Mr. Rajapaksa campaigned last year on a platform that dismissed all charges of war crimes and political killings by military personnel as politically motivated and promised to end the ongoing oversight by the U.N. Human Rights Council” to overlook accountability efforts,** said Alan Keenan, a senior consultant at the International Crisis Group. **Soon after his election, Mr. Rajapaksa appointed another retired general accused of war crimes, Maj. Gen. Kamal Gunaratne, as defense secretary. General Silva commanded the 58th division of the Sri Lankan Army during the final stages of the war, a unit the**

U.N. accuses of committing rights violations on a wide scale. Thousands of Tamils who surrendered to Mr. Silva's division vanished without a trace.» Quelle: New York Times, U.S. Bars Sri Lankan Army Chief Accused of War Crimes, 15. Februar 2020: <https://www.nytimes.com/2020/02/15/world/asia/sri-lanka-us-sanctions.html>.

SFH, 2019:

«Nicht einmal zehn Tage nach der Wahl von Rajapaksa wurde eine Angestellte der Schweizer Botschaft in Colombo von Unbekannten entführt und anscheinend gezwungen, Informationen zur Ausreise von Silva und zu weiteren Asylsuchenden preiszugeben, die sich in der Schweiz befinden.» Quelle: Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH), Keine Rückführungen nach Sri Lanka, 5. Dezember 2019: <https://www.fluechtlingshilfe.ch/news/archiv/2019/keine-rueckfuehrungen-nach-sri-lanka.html>.

SFH, 2018:

Das unter der Leitung von Yasmeeen Sooka stehende International Truth and Justice Project (ITJP) hält in seinem Bericht vom Juli 2017 fest, dass Polizei und Militär 2016 und 2017 weiterhin tamilische Personen entführte, illegal gefangen hielt, folterte und vergewaltigte und schliesslich gegen Zahlung von Lösegeld freiließ. In sämtlichen der von ITJP dokumentierten Fälle waren die entführten und gefolterten Menschen während ihrer Gefangennahme weder im Rahmen des Prevention of Terrorism Act (PTA) noch irgendeines anderen Gesetzes verhaftet worden.(...)

Systematische Entführungen und Folter, innerhalb der Befehlsstrukturen der staatlichen Sicherheitskräfte gebilligt. Laut ITJP (Juli 2017) gibt es starke Indizien, dass die von ITJP dokumentierten Fälle von Entführungen und Folter systematisch erfolgen und innerhalb der Befehlsstrukturen der staatlichen Sicherheitskräfte gebilligt werden. **Die Entführungen und Folter sind nach Einschätzung des ITJP-Bericht (Juli 2017) nicht Aktionen von rangniederen «verdorbenen Äpfeln» («rotten apples») innerhalb der Sicherheitskräfte. So hätten Betroffene geschildert, dass hohe Offiziere in den Folterräumen anwesend waren. Nachdem die Misshandelten geflohen waren, seien ihre Familien von Geheimdienstmitarbeitenden überwacht worden, um ihr Schweigen sicherzustellen. Die Gefangenen wurden zudem in speziell gefertigten Zellen festgehalten und die Verhörräume waren mit Folterinstrumenten ausgestattet. Auch wurden die Fingerabdrücke der Opfer biometrisch mit Instrumenten erfasst, die nicht durch das organisierte Verbrechen genutzt würden. Ausserdem sei aufgrund von Zeugenaussagen darauf zu schliessen, dass bei den Verhören auf ein ausgeklügeltes Informationssystem zurückgegriffen werden konnte, in welchem Informationen aus früheren Verhören gesammelt und für neue Verhör-Teams verfügbar war. Dies deute auf einen hohen Grad zentraler Koordination und auf geheimdienstliches Datenmanagement hin.(...)**

Eine Kontaktperson des International Truth and Justice Projects (ITJP) gab der SFH am 13. Dezember 2017 Auskunft, dass das ITJP bis zu diesem Zeitpunkt **Zeugenaussagen zu 76 Fällen von Entführungen in den Jahren 2015 bis 2017 aufgenommen hätte.** Davon hätten sich rund 33 im Jahr 2015, 34 im Jahr 2016 und neun im Jahr 2017 ereignet. Die Mehrheit der Entführungen wurde laut Kontaktperson des International Truth and Justice Projects (ITJP) (13. Dezember 2017) im Vanni-Gebiet einschliesslich der Umgebung der Stadt Vavuniya dokumentiert.(...)

Profile der Entführten und Gefolterten (ITJP-Fälle): Tamilische Ethnie, politische Aktivitäten, Rückkehr aus dem Ausland, Verbindungen zur LTTE, Zeugen von Kriegsverbrechen. Bei den von ITJP dokumentierten Fällen handelt es sich ausschliesslich um tamilische

Personen. Nach Angaben des Berichts von ITJP (Juli 2017) sei aufgrund der Zeugenaussagen der entführten und gefolterten Personen oft von mehreren, sich überlappenden Gründen auszugehen, weswegen tamilische Betroffene in den Fokus der sri-lankischen Sicherheitskräfte geraten seien. **Einerseits könne die Beteiligung an Gedenkveranstaltungen oder das Ausführen von rangniederer politischer Arbeit für lokale tamilische Parlamentsmitglieder eine Gefährdung zur Folge haben.** Dazu könne das Verteilen von Flugblättern oder Postern, das Sammeln von Unterschriften für Petitionen oder das Sammeln von Namen von verschwundenen Personen gehören (ITJP, Juli 2017). Frühere Berichte des ITJP wiesen ebenfalls auf ähnliche politische oder regierungskritische Tätigkeiten hin, die zu einer Gefährdung führen konnten (siehe SFH, 2016).

Weiter kann eine Rückkehr aus dem Ausland dazu beitragen, dass eine Person Gefahr läuft, entführt und gefoltert zu werden. **Eine relevante Anzahl der Betroffenen ist so nach aktuellem Bericht des ITJP (Juli 2017) nach der Rückkehr entführt und anschliessend zu Aktivitäten und tamilischen Personen im Ausland verhört worden.**

Schliesslich kann laut Bericht des ITJP (Juli 2017) **auch eine Verbindung zu den Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) dazu führen, dass Personen entführt und gefoltert werden.** So weisen Betroffene eine schwache Verbindung oder eine rangniedere Mitgliedschaft zur LTTE auf, ohne diese den Behörden zuvor angegeben und ohne eine «Rehabilitation» durchlaufen zu haben. In einigen Fällen bestehe die **Verbindung der entführten und gefolterten Personen lediglich darin, dass ein Familienmitglied Mitglied der LTTE war.** So seien unter den Betroffenen auch Nachkommen von ehemaligen LTTE-Kämpfer_innen und selber zu jung, um LTTE-Kämpfer_innen gewesen zu sein. Auch frühere Berichte von ITJP (siehe SFH, 2016) weisen darauf hin, dass direkte und indirekte Verbindungen zur LTTE Faktoren sind, die zu einer Gefährdung beitragen können. (...)

Fokus der Verhöre auf Neugruppierung der LTTE, «Säuberungs-Operationen» gegen ehemalige LTTE-Mitglieder_innen, ausländische Finanzierung der LTTE. Die gegenüber ITJP bezugten Inhalte der Verhöre lassen ebenfalls darauf schliessen, dass eine Verbindung zur LTTE eine Gefährdung bedeuten kann. ITJP (Juli 2017) dokumentiert in seinem jüngsten Bericht, dass sich die in Gefangenschaft durch die Sicherheitskräfte durchgeführten Verhöre der 2016 und 2017 entführten und gefolterten Personen auf spezifische Themen rund um die LTTE fokussierten. Einerseits hätten sich die Fragen auf eine **mögliche Neugruppierung der LTTE und auf mögliche finanzielle und weitere Unterstützung aus dem Ausland konzentriert.** Zudem hätten die Verhörenden **Interesse an möglichen Verbindungen der Diaspora zu Protesten im Norden Sri Lankas gezeigt.** Schliesslich sei aufgrund von Zeugenaussagen davon auszugehen, dass die Sicherheitskräfte weiterhin in Säuberungs-Operationen gegen Personen engagiert sind, welche sie als Überbleibsel der LTTE betrachten. Ein Hinweis darauf sei, dass bei Verhören laut Zeugenaussagen Fotografien an Wänden befestigt waren, auf welchen die Gesichter von ehemaligen LTTE-Kämpfer_innen markiert und durchgestrichen waren. Insbesondere werde gegen Personen vorgegangen, welche verdeckt und ausserhalb des Vanni-Gebiets für die LTTE tätig gewesen waren. Nach Angaben des ITJP-Berichts (Juli 2017) lag ein **weiterer Fokus der Verhöre auf finanziellen Unterstützungen durch die Diaspora für wohltätige Zwecke und der Annahme der Sicherheitskräfte, dass diese Mittel für die LTTE verwendet würden.** (...)

Massive Folter und sexuelle Gewalt. Im Bericht von ITPJ (Juli 2017) wird detailliert beschrieben, wie die Sicherheitskräfte die Entführten folterten: Falaka (Bastonnade), Schläge (mit Schläuchen oder Stöcken), Auspeitschen, Treten, Schlagen, Verbrennen mit Zigaretten oder mit heissen Metallstangen, Erstickern mittels mit Benzin oder Chili behandelten Plastiksäcken, Untertauchen der Köpfe in Wasserbehälter, Fesseln und Anbinden an Stühlen und

manchmal Traktieren mit Stromschlägen. Zusätzlich wurden männliche und weibliche Betroffene vergewaltigt und anderer Form sexueller Gewalt ausgesetzt. Die meisten Betroffenen wurden während Wochen oder Monaten mit diesen Methoden durch die Sicherheitskräfte gefoltert.» Quelle: Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH), Entführungen von tamilischen Personen mit LTTE-Verbindungen im Distrikt Jaffna und in der Nordprovinz, 12. Januar 2018, S. 1-2, 4-6: www.fluechtlingshilfe.ch/assets/herkunftslaender/asien-pazifik/sri-lanka/180112-lka-entfuehrungen-jaffna.pdf.

SFH, 2013:

«Dokumentierte Überwachung und Einschüchterung von regierungskritischen Personen bei öffentlichen Auftritten im Ausland. Es gibt eine Reihe von Hinweisen darüber, dass die sri-lankischen Behörden regierungskritische Aktivitäten im Ausland als Bedrohung wahrnehmen und überwachen. Offensichtlich wurde dies während des UNO-Menschenrechtsrats in Genf 2012: Dabei wurden sri-lankische Menschenrechtsvertreter durch sri-lankische Behörden überwacht. Sogar im Inneren des Gebäudes, in welchem die Menschenrechtskommission tagte, wurden die Aktivisten durch Regierungsvertreter fotografiert. In diesem Zusammenhang kam es auch zu verschiedenen Drohungen durch hochrangige Vertreter der Regierung. Ein weiterer prominenter Zwischenfall wurde im Juni 2013 dokumentiert: Die Menschenrechtsaktivistin Nimalka Fernando soll während einer öffentlichen Veranstaltung durch Botschaftspersonal in Tokio eingeschüchtert und belästigt worden sein. Während einer Vorlesung soll sie immer wieder durch Zwischenrufe unterbrochen und auch nach Beendigung ihrer Vorlesung verfolgt und belästigt worden sein.

Sri-lankische Botschaften und Regierungsvertreter im Ausland sehr aktiv bei Überwachung der Diaspora. Nach einem Bericht der International Crisis Group (ICG) waren seit Amtsantritt des sri-lankischen Präsidenten Mahinda Rajapaksa Botschaften und Konsulate aktiver denn je, um LTTE-Propaganda im Ausland entgegen zu wirken. Demnach berichten Botschafts- und Konsulatspersonal in Zusammenarbeit mit singhalesischen Diasporagruppen über vermeintliche Sympathisanten und Pro-LTTE-Organisationen im Ausland. Die gesammelten Informationen werden laut des Berichts auch dazu benutzt, in Sri Lanka lebende Verwandte von Diaspora-Mitgliedern zu identifizieren und zu belästigen. In einem Interview bestätigt der sri-lankische Verteidigungsminister Gotabaya Rajapaksa, dass die sri-lankischen Behörden die militärischen Geheimdienstaktivitäten verstärkt hätten. Gemäss Informationen des Immigration and Refugee Board of Canada (IRB) habe Sri Lanka in Schlüsselstaaten Agenten vor Ort, welche die exilpolitischen Aktivitäten von Personen überwachen. Nach den Informationen des IRB sammelten sri-lankische Behörden auch Informationen über singhalesische Personen, welche sich im Ausland aufhalten. Eine Mitarbeiterin von HRW bestätigt, dass das Sammeln von Informationen seit dem Bürgerkrieg noch effektiver geworden sei, da frühere hochrangige LTTE-Mitglieder mit den Behörden kooperieren. Die Behörden verfügten sowohl in Sri Lanka als auch im Ausland über gute Informationen über Kadermitglieder und Unterstützer der LTTE. Gemäss David Rampton, einem anerkannten britischen Experten für Sri Lanka, überwache die sri-lankische Regierung die tamilische Diaspora in Europa und in anderen westlichen Ländern, um ein Aufkeimen der LTTE oder einer anderen nationalistischen tamilischen Bewegung zu verhindern. Abgewiesene Asylsuchende würden aus Sicht der sri-lankischen Regierung eine potentielle Sicherheitsgefahr für Sri Lanka und die Gesellschaft darstellen. Sympathisierende des tamilischen Nationalismus seien im Fokus von sri-lankischen Sicherheits- und Geheimdiensten. Überwachungstätigkeiten der sri-lankischen Be-

hörden im Ausland wurden unter anderem von einer tamilischen NGO dokumentiert: So wurden im Februar 2011 Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer Demonstration in London durch sri-lankisches Botschaftspersonal fotografiert.

Überwachung der Diaspora und regierungskritischer Anlässe auch in der Schweiz. Es gibt Hinweise, dass die sri-lankischen Behörden auch in der Schweiz exilpolitische Aktivitäten überwachen. Gemäss verschiedener Quellen werden Personen in der Schweiz bei der Teilnahme an regierungskritischen Anlässen wie zum Beispiel Filmpodien oder Kundgebungen regelmässig durch sri-lankische Botschaftsangehörige überwacht: So wurden zum Beispiel Teilnehmende am 10. November 2011 an einer durch die Gesellschaft für bedrohte Völker organisierten öffentlichen Vorführung des Channel 4 Films «Sri Lanka's Killing Fields» von Botschaftspersonal fotografiert und gefilmt. Gemäss Aussagen des früheren Chefs der Tamil Tigers Schweiz, habe die sri-lankische Regierung Agenten in der Schweiz. Diese würden Demonstranten fotografieren und Informationen über aktive LTTE-Anhänger an die sri-lankischen Behörden weiterleiten.

Während Verhören werden Fotos und Videos exilpolitischer Aktivitäten eingesetzt, um Geständnisse zu entlocken. Während Verhören von tamilischen Rückkehrenden in Sri Lanka wurden Fotos und Videos von Demonstrationen gezeigt, bei welchen die betroffenen Personen sich selber identifizieren mussten oder von Ihnen verlangt wurde, andere Personen darauf zu identifizieren. Es gibt zudem Hinweise, dass während Verhören auch im Internet veröffentlichte Fotos benutzt wurden. (...)

Vermutete und tatsächliche Spendensammler sowie weitere Unterstützer. Gemäss UNHCR seien Personen gefährdet, die für die LTTE Spenden sammeln und Propaganda betreiben. Auch der Kontakt zu sri-lankischen Diaspora-Gruppen, die für die LTTE Spenden sammeln oder andere Arten von Unterstützung leisteten, führt gemäss UNHCR zur Gefährdung. In den von FFT dokumentierten Fällen von Rückkehrenden, welche bei der Ankunft oder kurz darauf von sri-lankischen Behörden festgenommen und gefoltert wurden, sind viele Personen, welche über Spendensammelaktionen der LTTE oder die Mitwirkungen an solchen oder ähnlichen Arten von Arbeit für die LTTE befragt wurden.»
Quelle: Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH), Sri Lanka, Gefährdung aufgrund exilpolitischer Aktivitäten, 13. August 2013, S. 4-6, 9: www.fluechtlingshilfe.ch/assets/herkunftslander/asien-pazifik/sri-lanka/sri-lanka-gefaehrdung-auf-grund-exilpolitischer-aktivitaeten.pdf.

Sri Lanka Brief, 2019:

«During the court case the job description of a Sri Lankan defence attache was read out in court.

The job entails “monitoring any anti-Sri Lanka activities in the UK” and reporting to the ministry of defence, intelligence agencies, amongst others, as well as “monitoring any LTTE activities in the UK and devising appropriate plan with the coordination of intelligence agencies in Sri Lanka to counter it.”

See in full below:

Job Description

Brigadier A.P.I Fernando Minister Counsellor, Defence

Reporting to H.E. The High Commissioner

1. Monitoring any anti-Sri Lanka activities in the UK and reporting to the High Commissioner and through the High Commissioner to the Secretary, Ministry of Defence; Secretary, Ministry of Foreign Affairs; Intelligent Agencies in Sri Lanka and other relevant authorities.
2. Monitoring any LTTE activities in the UK and devising appropriate plan with the coordination of intelligence agencies in Sri Lanka to counter it.
3. Bring to notice to the High Commissioner, in advance, if any anti government protests which are to be organized, then plan and execute appropriate strategies to counter it, after consulting with the High Commissioner.
4. Establish contacts with appropriate defence and intelligent agencies in the UK and maintain cordial relation with them for the benefit of Sri Lanka

A private prosecution was brought against the Sri Lankan soldier who was filmed motioning a death threat to Tamils in London last year, running his finger across his neck whilst dressed in full military uniform. He was attending a celebration at the Sri Lankan High Commission in the UK to mark 'Independence Day' at the time, whilst British Tamils held a demonstration outside with placards and Tamil Eelam flags. Sri Lankan officials were also seen photographing the protestors in an apparent act of intimidation.

The brigadier was tried in absence and found guilty of violating sections 5 and 4A of the Public Order Act, with the court stating that his actions were threatening, caused harassment, and that he intended them to be so.» Quelle: Sri Lanka Brief, Judge Says Brigadier Priyanka Fernando's Death Threats not Covered by Diplomatic Immunity, 2. März 2019: <https://srilankabrief.org/2019/03/judge-says-brigadier-priyanka-fernandos-death-threats-not-covered-by-diplomatic-immunity/>.

UK Home Office, 2020:

«Several sources acknowledged that they were aware or believed that there was some monitoring of the diaspora by the Sri Lankan authorities. Journalist 1 stated that this was common practice as the government and military are fearful of an uprising and so place officers amongst protestors in the UK to monitor them. Journalist 2 was aware of protestors having their photos taken by those inside the Sri Lankan High Commission. The representative from the northern province community stated that activists were probably monitored, and he had heard reports of members of the diaspora facing intimidation when they return to Sri Lanka although he noted this was not the case for everyone and was more likely to be prominent activists. The same source did also note that members of UK/US Tamil groups and Global Tamil Forum (GTF) members have been able to come and go within Sri Lanka and travel to the north to cover the war heroes' event and have faced no problems. He went on to note that there may be a degree of self-censorship amongst active diaspora groups and some may not feel comfortable returning. Although he stated that some diaspora groups do what they do to raise their asylum profile.

5.2.3 IOM stated that persons involved in protests abroad are of no interest as demonstrating abroad is not an offence although if links can be found to banned organisations then it may increase the risk on return.

5.2.4 **Monitoring on return to Sri Lanka is also a possibility if you are deemed to have done something against the government and monitoring of social media also occurs. A human rights activist and Journalist 1 both mentioned that former cadres and others employed by the authorities monitor protests and communities in the north and east.** Journalist 1 also stated that in Jaffna many media organisations were penetrated by excadres, paid by the military and that during the war, journalists in league with the government were placed in countries abroad to monitor activities (...)

Human Rights Activist, 30 September 2019, Q. Are Tamils still arrested and detained?

There is interest from the security forces to look for former LTTE members. The source cited a woman [human rights defender who was summoned to the TID today (30th September 2019).

The SF use intimidation tactics against activists, e.g. those representing families of the disappeared. There is a fear that something more could happen. Former LTTE cadres have been summoned, too. Some with an activist profile, but not all. In the last year an activist from the East attended a human rights conference in the North and was arrested and beaten. Some random Tamils are subject to intimidation.

(...) Human Rights Commission (HRC) 1 October 2019 Q. Are former LTTE members still of interest/arrested?

The HRC thought monitoring continued. A judicial medical officer was arrested for allegedly attempting to organise violent activities. A case was registered against him and there were reports of explosives being found under bridges in the North. This must be viewed in the political context; it happened just before elections. HRC are cautious when conducting investigations – you have to read between the lines. Freedom of speech and association has opened up since October 2015. **However, complaints from the North and East are still received. For example, when families meet to discuss the disappeared, or when human rights defenders meet, intelligence officers appear at these meetings.** “

(...) Tamil National Alliance (TNA), 1 October 2019

(...) **Tamils who were involved in military conflict often know of other Tamils who were involved in the conflict and have disappeared then they have a genuine fear.**» Quelle: UK Home Office, Report of a Home Office fact-finding mission to Sri Lanka; Conducted between 28 September and 5 October 2019, 20 January 2020, S. 19-20; 36, 40, 43, 46: www.ecoi.net/en/file/local/2023055/Sri_Lanka_FFM_report_2020.pdf.

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH setzt sich dafür ein, dass die Schweiz das in der Genfer Flüchtlingskonvention festgehaltene Recht auf Schutz vor Verfolgung einhält. Die SFH ist der parteipolitisch und konfessionell unabhängige nationale Dachverband der Flüchtlingshilfe-Organisationen. Ihre Arbeit finanziert sie durch Mandate des Bundes sowie über freiwillige Unterstützungen durch Privatpersonen, Stiftungen, Kantone und Gemeinden.

SFH-Publikationen zu Sri Lanka und anderen Herkunftsländern von Asylsuchenden finden Sie unter www.fluechtlingshilfe.ch/herkunftslaender.

Der SFH-Newsletter informiert Sie über aktuelle Publikationen. Anmeldung unter www.fluechtlingshilfe.ch/newsletter.